



## **AFRIKA/MALAWI - Missionar: „Nach der politischen Wende braucht das Land nun eine Wirtschaftsreform“**

Lilongwe (Fidesdienst) – „Es geht eine Zeit zu Ende, die unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ziemlich verheerende war“, so der italienische Monfortaner Missionar P. Pater Piergiorgio Gamba, der seit 30 Jahren in Malawi tätig ist dem Staatbegräbnis für den verstorbenen am 5. April verstorbenen Präsidenten Joyce Banda. Das Staatbegräbnis findet am heutigen 23. April statt. Der Präsident wird im Anschluss in dem von ihm selbst errichteten Mausoleum im Süden des Landes beigesetzt werden.

„Bingu Wa Mutharika hat ein Mausoleum für sich und seine Frau bauen lassen“, so P. Gamba, „dieses Bauwerk ist ein Beispiel für die Politik der verstorbenen Präsidenten, der sich vom tatsächlichen Leben der Menschen entfernt hat“.

„Alle sind sich einig, dass die ersten fünf Jahre seiner Regierungszeit gut waren“, so der Missionar, „Seine Politik der Verteilung von Saatgut und Dünger an 3 Millionen Bauern hat das Lebensmittelproblem in Malawi gelöst. Gleichsam führte diese Politik der Unterstützung jedoch zu einer Entleerung der Staatskassen. Schließlich profitierten nur noch eine Million Menschen von den Zuschüssen, was immer noch viele sind. Doch Bingu wa Mutharika hat das Lebensmittelproblem nicht endgültig gelöst, auch wenn alle der Meinung sind, dass er den Hunger in Malawi wirksam bekämpft hat.“

„Die Probleme“, so P. Gamba weiter, „haben nach den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit begonnen, als seine Partei die absolute Mehrheit im Parlament bekam, weshalb er sich fortan nicht mehr mit einer Opposition konfrontiert sah. Bingu wa Mutharika brachte absurde politische und wirtschaftliche Maßnahmen auf den Weg, wie den Bau eines Hafens am südlichen Ufer des Malawi-Sees, der von der neuen Präsidentin blockiert wurde. Zur Zukunft des Landes sagt der Missionar abschließend: „Das Klima hat sich geändert. Der politische Übergang war friedlich und diese Woche soll eine neue Regierung gebildet werden. Die Namen, die genannt werden, lassen gut hoffen. Wir wünschen uns nun, dass es auch zu einem wirtschaftlichen Wandel kommt und damit wir die zum Scheitern verurteilten Politik der vergangenen zwei Jahre hinter uns lassen, denn es muss sich etwas ändern“.

(LM) (Fidesdienst, 23/04/2012)